

Programmierung Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
(Vorlage Nr. 100/14)

11. „Strukturkonzept Land Bremen 2020“
-Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes Bremen mit der
Perspektive 2020-
(Vorlage Nr. 101/14)

12. Zwangsabschaltungen von Wasser im Land Bremen verhindern
(Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 24. September 2013,
Drucksache 18/1067)
(Vorlage Nr. 102/14)

13. Verschiedenes
 - a) „Stromsperrern“
(Mündlicher Bericht)

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 06.02.2014

Herr Stegmann (LAG Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e. V.) bittet darum, dass zukünftig der Inhalt der Diskussionen / Beiträge zu einzelnen Tagesordnungspunkten wiedergegeben wird.

Herr Möhle (Vorsitzender) erinnert daran, dass ein Beschlussprotokoll geführt wird.

Die Verwaltung sagt zu, dass im Rahmen der Möglichkeiten ein detailliertes Protokoll geführt wird.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 06.02.2014.

TOP 2: Beschlüsse des 19. Bremer Behindertenparlaments **(Mündlicher Bericht)**

Herr Grams (Präsident des Behindertenparlaments) stellt die Arbeit des Bremer Behindertenparlaments vor.

Er wünscht sich eine stärkere Behandlung der Beschlüsse in den zuständigen Ausschüssen und Deputationen und weist daraufhin, dass sich die Beschlüsse nicht ausschließlich an die Deputation für Soziales, Kinder und Jugend richten.

Herr Dr. Steinbrück (Landesbehindertenbeauftragter) betont die hohe Bedeutung des Behindertenparlaments, dass immer wieder wichtige Impulse gesetzt hat.

Es schließt sich eine Debatte an.

Frau Schmidtke (Fraktion der SPD) bittet darum, den Kreis Schwerstmehrfachbehinderte stärker einzubinden.

Herr Stegmann (LAG Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e. V.) wirbt dafür, dass zukünftig auch Vertreter anderer Ressorts und Ausschüsse/Deputationen an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen.

Die Verwaltung kündigt eine Befassung der Beschlüsse des Behindertenparlaments in der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend an, sobald für die Forderung Lösungsvorschläge vorliegen.

Es wird in den anderen Ressorts um eine stärkere Beteiligung erbeten.

Die Verwaltung weist auf den Senatsempfang zum 20. Bremer Behindertenparlament am 20.10.2014 in der Oberen Rathaushalle hin.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 3: Bericht über die Entwicklungen der Sozialleistungen
(Vorlage Nr. 92/14)

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und beantwortet Fragen der Deputierten.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen Januar bis Dezember 2013 (13. Monat) zur Kenntnis.

**TOP 4: Produktplan-Controllingbericht 2013 (13. Monat) für den Produktplan 41 –
Jugend
und Soziales und neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt**
(Vorlage Nr. 93/14)

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und beantwortet Fragen der Deputierten.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) und Herr Erlanson (Fraktion Die Linke) kündigen an, dass sie dem Beschluss nicht zustimmen werden, da sie nicht auf die Vorlage von Kommentierungen der Senatorin für Finanzen zu den Controllingberichten verzichten wollen.

Die Deputation beschließt gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und Die Linke folgenden

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Produktbereichs-Controllingbericht 2013 (13. Monat) sowie die Anlagen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend beschließt, dass zukünftig auf die Vorlage von Kommentierungen der Senatorin für Finanzen zu den Controllingberichten verzichtet wird.
3. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die neuen Verantwortlichkeiten im Produktgruppenhaushalt zur Kenntnis.

TOP 5: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Bremen
(Vorlage Nr. 94/14)

Die Verwaltung stellt die Vorlage vor. Es werden verschiedene Nachfragen gestellt und von der Verwaltung beantwortet.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) merkt an, dass ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen wird, da sie mit der Formulierung „weiter zu betreiben“ nicht einverstanden ist.

Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU fasst die Deputation folgenden

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zur Kenntnis. Sie fordert das Ressort auf, die bedarfsgerechte Entwicklung der Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge weiter zu betreiben und in einem Jahr erneut zu berichten.

**TOP 6: Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und Bürgern aus Osteuropa
(Vorlage Nr. 95/14)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein. In der anschließenden Debatte werden verschiedene Nachfragen gestellt und auf die anstehende Befassung in der Bremischen Bürgerschaft hingewiesen.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den anliegenden Bericht der Staatsräte-Arbeitsgruppe vom 06.03.2014 zur Kenntnis.

Herr Möhle (Vorsitzender) begrüßt eine Gruppe von Jugendlichen, die zum Tagesordnungspunkt Verschiedenes in der städtischen Sitzung (Freizeitheim Buntentor) erschienen sind.

Er stellt den weiteren Ablauf dar.

Die Mitglieder der Deputation sind sich einig, diesen Punkt zu Beginn der städtischen Sitzung aufzurufen.

**TOP 7: Anpassung der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschafts-/Übergangspflege ab 01.07.2014
(Vorlage Nr. 96/14)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Verwaltung zur Anpassung der monatlichen Pauschalbeträge zur Kenntnis.

**TOP 8: „Jugendberufsagentur“ – Ein neuer Weg der Zusammenarbeit?!
(Vorlage Nr. 97/14)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Vorlage zur Prüfung der Jugendberufsagentur zur Kenntnis und bittet darum, ihr das Ergebnis der Prüfung vorzulegen.

**TOP 9: „Alkoholverkauf an Jugendliche stärker ahnden“
(Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2013)
(Vorlage Nr. 99/14) - ausgesetzt -**

**TOP 10: Neue EU-Förderperiode 2014 – 2020
Programmierung Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
(Vorlage Nr. 100/14)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Die Mitglieder der Deputation betonen, dass die vorgesehenen Mittel von 10 % für das Teilziel 9 (Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut) nur ein erster Schritt sein sollten.

Auf Nachfrage von Frau Grönert (Fraktion der CDU), wann mit der entsprechenden Vorlage zum ESF zu rechnen ist antwortet die Verwaltung, dass diese in der Maisitzung der Deputation vorgelegt werden soll.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die im Anhang beigefügte Senatsvorlage „Neue EU-Förderperiode 2014 – 2020 - Programmierung Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)“ zur Kenntnis.

TOP 11: „Strukturkonzept Land Bremen 2020“

**-Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes Bremen mit der Perspektive 2020-
(Vorlage Nr. 101/14)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) bittet um Erläuterung einer Formulierung auf S. 39 der Vorlage.

Hinweis der Verwaltung: Die Erläuterung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die in der Anlage beigefügte Senatsvorlage „Strukturkonzept Land Bremen 2020 – Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes Bremen mit der Perspektive 2020“ zur Kenntnis.

TOP 12: Zwangsabschaltungen von Wasser im Land Bremen verhindern

**(Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 24.
September 2013, Drucksache 18/1067)
(Vorlage Nr. 102/14)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und beantwortet verschiedene Nachfragen.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht zu Kenntnis.

TOP 13: Verschiedenes

**a) „Stromsperrern“
(Mündlicher Bericht)**

Die Verwaltung berichtet, zum Thema hat ein Gespräch mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen und swb stattgefunden. Einzelne Punkte wurden angesprochen:

Monatliche Abrechnungen für Strom sind seitens swb möglich, aber nicht kostenlos.

Auf Bundesratsinitiativen aus NRW aus 2013 (465/13, 466/13 und 467/13) mit dem Inhalt (Einführungen von Informations- und Hinweispflichten der Grundversorger, Grundversorger sollen ihren Kunden Prepaid-Zähler anbieten, die zu erbringenden Leistungen zur Vermeidung von Verschuldung und Versorgungsunterbrechungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand der Energiekosten und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten) wird hingewiesen. Bremen hat dies unterstützt und den Initiativen zugestimmt. Diese wurden aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken ausgesetzt. Auf der Konferenz der obersten Landessozialbehörden wird das Thema am 20. und 21.03. und das weitere Vorgehen bez. der Initiativen besprochen.

Der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend wird am 08.05.2014 eine gemeinsame Vorlage mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr vorgelegt.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

Vorsitzender

stellvertr. Sprecherin

Protokollführerin

Anlage

Erläuterung zu TOP 11: „Strukturkonzept Land Bremen 2020“
-Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes Bremen mit der
Perspektive 2020- (S. 39)

zum Protokoll über die Sitzung der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 13.03.14 zu TOP 11

„Strukturkonzept Land Bremen 2020“

-Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes Bremen mit der Perspektive 2020- (Vorlage Nr. 101/14)

hier: Erläuterung zum Satz „In einer modellhaften Verzahnung von familienbezogenen Förderinstrumenten soll ein ressortübergreifender integrierter Unterstützungsansatz erprobt werden.“ (S. 39)

Gemeint ist ein Pilotprojekt, in dem SGB II beziehende Familienmitglieder nicht einzeln, sondern integriert von einer Stelle betreut werden, um alle Lebensaspekte der gesamten Familie möglichst optimal zu berücksichtigen. Das bedeutet, dass ressortübergreifend Hilfen verzahnt werden sollen. Die Zersplitterung der Angebote nach Zuständigkeiten von Arbeit, Gesundheit, Jugend, Bildung usw. soll überwunden werden. Gedacht ist hier an das sog. „Nürnberger Modell“ oder „Fürther Modell“: Nicht einzelne SGB-II-Empfangende werden gefördert, sondern das gesamte Familiensystem aus "einer Hand". Die Steuerung liegt hier im Lenkungsreis „Bremen bewegen“. Ein Konzept wird derzeit im Programm „ZugABe“ in Huchting entwickelt.